

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Kahlschlag bei der Bundeswehr – betroffene Standortkommunen unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Bund für die von Standortschließung und -reduzierung betroffenen bayerischen Kommunen
  - a) ein Konversionsprogramm auflegt und dies mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstattet und
  - b) zeitnah und unbürokratisch den Standortkommunen nicht mehr benötigte militärische Fläche und Gebäude zu Vorzugspreisen zum Kauf oder zur Erbpacht anbietet und für die komplette Beseitigung etwaiger Altlasten eine Garantie übernimmt sowie
  - c) bei der Verlagerung von Bundesbehörden im Freistaat den betroffenen Kommunen grundsätzlich Vorrang einräumt.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass für das überproportional hart und regional unausgewogen getroffene Bayern auch auf militärischem Sektor Nachbesserungen erreicht werden.

3. Die Staatsregierung soll ein Programm zur nachhaltigen Stärkung der von Schließung oder signifikanter Reduzierung betroffenen Standortkommunen erstellen und hierfür in einem Nachtragshaushalt die erforderlichen finanziellen Mittel vorsehen. Dabei ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass strukturschwache Städte und Gemeinden besonders intensiv gefördert werden. Die Förderung soll insbesondere die Bereiche
  - a) Einrichtungen von Forschung und Lehre (Hochschulen),
  - b) Verkehrsinfrastruktur,
  - c) schnelles Internet,
  - d) Behördenverlagerungenumfassen; für eigene Zukunftsinvestitionen soll den Gemeinden ein Sonderfördersatz zuerkannt werden.
4. Die Umsetzung des Programms hat transparent und unter Einbindung des Landtags zu erfolgen.

#### **Begründung:**

Die Bundeswehrreform des Verteidigungsministers, die nach außen völlig intransparent gelaufen ist, wird für die von Schließung oder Reduzierung betroffenen Standortkommunen zum Teil heute noch unabsehbare Konsequenzen haben. Dies gilt insbesondere für strukturschwache Kommunen. Um das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu erreichen, ist es daher vordringliche Aufgabe der Staatsregierung, alles zu tun, um insbesondere diesen Städten und Gemeinden Zukunftschancen zu eröffnen.

Dabei ist der Freistaat selbst genauso in der Pflicht wie der Bund, der diese Strukturreform zu verantworten hat. Es gilt nun für die Staatsregierung, die bayerischen Interessen beim Bund effektiv zu vertreten. Dabei ist zum einen ein Konversionsprogramm erforderlich. Die Staatsregierung ist aber auch in der Pflicht, für die Regionen Bayerns nachzuverhandeln, die besonders hart und weit überproportional stark betroffen worden sind.